

Baugesetzbuch-Novelle: Kritische Stimmen zur Wohnraumsituation in Berlin

Meta-Beschreibung: Erfahren Sie mehr über die kritische Bewertung der Baugesetzbuch-Novelle durch Tim-Oliver Müller vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Der Artikel thematisiert die Herausforderungen im Wohnungsbau, aktuelle Genehmigungsrückgänge und notwendige Maßnahmen für eine effektive Baupolitik in Deutschland. Lesen Sie die Pressemitteilung für tiefere Einblicke in die aktuellen Entwicklungen und Forderungen.



Kritik an der Baugesetzbuch-Novelle: Eine Chance für nachhaltigen Wohnungsbau wurde verpasst

In Berlin wurde kürzlich die Novelle des Baugesetzbuches im **Kabinett** verabschiedet. Diese Entscheidung hat große Bedeutung für den Wohnungsbau in Deutschland und betrifft hunderte von tausend Mieterinnen und Mietern. Der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen

Bauindustrie, **Tim-Oliver Müller**, äußerte sich kritisch zu den Ergebnissen der neuen Regelung.

Der Entwurf zur Änderung des Baugesetzbuches, der jetzt vom Kabinett verabschiedet wurde, zeigt, dass die Absicht hinter der Novelle zwar positiv ist, jedoch nicht die dringend benötigten Lösungen bietet. Müller betont, dass die Bauindustrie auf umfassende Maßnahmen angewiesen ist, um den massiven Wohnraummangel endlich zu beseitigen. Die Baubehörden kämpfen bereits seit Jahren mit einem Rückgang der genehmigten Wohnungen; die Genehmigungsstatistik hat das niedrigste Niveau seit 2010 erreicht.

Ein besonders besorgniserregender Trend ist der seit nunmehr 21 Monaten anhaltende Rückgang bei den Wohnungsgenehmigungen. Dies verdeutlicht einen tief verwurzelten und allgegenwärtigen Mangel an adäquatem Wohnraum, der sich dramatisch auf die Mieten und das Lebensumfeld vieler Menschen auswirkt. Um diesen Missstand zu beheben, fordern Experten tiefgreifende Reformen im Genehmigungsprozess und eine Beschleunigung der Bauprojekte.

Obwohl es positive Ansätze gibt, wie die Anpassung bestehender Regelungen für den Flüchtlingsbau an den Mietwohnungsbau, ist mehr nötig. Müller spricht sich für die Entfristung dieser Regelungen nach 2027 aus, um effektivere Lösungen zu fördern. Zudem wird die Notwendigkeit betont, frühere Auflagen wie die Pflicht, Neubauten mit Parkplätzen auszustatten, zu überdenken. Diese Anforderungen erhöhen die Baukosten und stehen im Widerspruch zu dem Ziel, schnell und günstig Wohnraum zu schaffen.

Experten appellieren an eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nur durch eine umfassende Strategie, die die verschiedenen Akteure im Bausektor integriert, können die anhaltenden Probleme im Wohnungsbaumarkt nachhaltig gelöst werden. Eine

Gesetzesnovelle allein wird nicht ausreichen, um die dringend benötigten Veränderungen herbeizuführen.

Die momentane Situation stellt nicht nur eine Herausforderung für die Bauwirtschaft dar, sondern auch eine ernsthafte Belastung für die gesamte Gesellschaft. Die Diskussion rund um die Novelle des Baugesetzbuches ist daher von zentraler Bedeutung, um die Weichen für eine zukunftsfähige Wohnraumversorgung zu stellen.

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Britta Frischemeyer

Leitung Presse & Kommunikation

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin

Telefon 030 21286-229, britta.frischemeyer@bauindustrie.de,

www.bauindustrie.de

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de